

## 1 MIGRATIONS POLITIK

Mehr als 200 000 Menschen leben in der BRD seit mehr als 5, 10 oder gar 15 Jahren ohne gesicherten Aufenthalt. Das im Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz hatte die ungewisse Situation dieser Flüchtlinge nicht verändert, die Problematik der Kettenduldungen (entgegen der immer wieder geäußerten Absicht der rot-grünen Koalition) nicht gelöst.

Seit Jahren hatten Flüchtlingsinitiativen vergeblich ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge und ihre Familien gefordert.

Im November 2006 schließlich einigten sich die Innenminister der Bundesländer auf der Innenministerkonferenz (IMK) auf einen Bleiberechts-

kompromiss für langjährig in der Bundesrepublik geduldete Flüchtlinge. Ein fauler Kompromiss, wie sich alle in der Flüchtlingsarbeit engagierten Menschen einig sind, der lediglich einer begrenzten Gruppe der Betrof-



[www.fluechtlingsrat-thr.de](http://www.fluechtlingsrat-thr.de)

fenen eine Perspektive in der Bundesrepublik bietet.

„Die von den Innenministern beschlossene Regelung ist, angesichts der Arbeitsverbote für Menschen mit einer Duldung, zynisch und inhuman, außerdem schließt sie einen großen Teil der Betroffenen aus. Was diese Menschen, die hier integriert sind, Freunde haben, deren Kinder hier geboren wurden, hier aufgewachsen sind und die ihr ‚Herkunftsland‘ nicht kennen und sich dort nicht einmal verständigen könnten, brauchen, ist eine Bleiberechtsregelung, die ihrer Situation gerecht wird und nicht bewusst einen Großteil der langjährig

*(Fortsetzung auf Seite 2)*

## 2 LANDTAGSINFO

### Arbeitsmarktzahlen geben keinen Anlass zur Entwarnung:

Mit den Anliegen von **Langzeitarbeitslosen** hat sich Ina Leukefeld, Sprecherin der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS für den Arbeitsmarkt, am 28. Februar an den Thüringer Bürgerbeauftragten gewandt. Dieser hatte Hartz IV-Empfänger aufgefordert, ihm Erfahrungen mit den ARGEN und Optionskommunen mitzuteilen, um sich ein Bild zu machen, wie Arbeitslose die Tätigkeit der Behörden einschätzen. Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen gäben keinen Anlass zur Entwarnung, so Leukefeld. Sie fordert, dass die Beratungsmöglichkeiten für Hartz IV-Empfänger verbessert werden. Leukefeld will sich dafür einsetzen, dass Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Förderung von Arbeitslosenberatern eingesetzt wer-

den.

### Gefahrguttransporte durch die Tunnelkette weiterhin fraglich:

„Auch weiterhin soll es nach Auffassung des Innenministers keine Gefahrguttransporte durch die Tunnelkette der A71 geben. Somit müssten auch künftig gefährliche Transporte den Umweg durch die Ortschaften des Thüringer Waldes nehmen“, informierte der kommunalpolitische Sprecher der Linkspartei.PDS-Landtagsfraktion Frank Kuschel im Innenausschuss.

Mit seiner Auffassung, dass Gefahrguttransporte durch die Autobahntunnel unter dem Rennsteig aus Bau- und Sicherheitsgründen nicht möglich seien, widerspreche der Innenminister der Einschätzung des

*(Fortsetzung auf Seite 2)*



### Inhalt:

- Migrationspolitik **1**
- Landtagsinfo **2**
- Kluge Worte **3**
- Termine **4**

## LANDTAGSINFO

(Fortsetzung von Seite 1)

Ministers für Bau und Verkehr. Dieser hatte noch vor kurzem im Verkehrsausschuss darüber berichtet, mit welchen Maßnahmen die Tunnel so nachgerüstet werden müssten, dass Gefahrgut transportiert werden könne. Dies sei zwar nur mit erheblichem finanziellem Aufwand möglich, doch nach Auffassung der Linksfraktion im Interesse der Sicherheit dringend geboten.

### Landesregierung muss sich für Erhalt der Mobilen Beratungsteams einsetzen:

Vor einer kurzsichtigen Umstrukturierung der Arbeit der **Netzwerke gegen Rechtsextremismus** hin zu reiner Krisenintervention warnen Mitglieder

der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS.

Dieter Hausold, Fraktionsvorsitzender, erneuerte zugleich die PDS-Forderung nach einem **Landesprogramm gegen Rechtsextremismus**. Angesichts der Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten gerade auch in Thüringen und des immer dreisteren Auftretens der Neonazis sei das **Aus** der Mobilen Beratungsteams und der Beratungsstellen für die Opfer rechtsextremer Gewalt ein "verheerendes Signal", so Hausold. CDU und SPD hätten immer wieder versichert, wie notwendig diese Arbeit sei und erklärt, sie wollten sich für ihren Erhalt einsetzen. Nun werde "ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Rechtsextremismus und für die Stärkung demokratischer Strukturen" in Frage gestellt.

"Mit der ausschließlichen Konzentration auf Krisenintervention

werden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluierung der CIVITAS-Projekte ignoriert und es wird durch die Bundesfamilienministerin bewusst in Kauf genommen, dass langjährig entwickelte Netzwerke und Kompetenzteams abgewickelt werden.", kritisierte die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Berninger kritisiert die Pläne des Bundesfamilienministeriums. Sie forderte im Namen der Fraktion in einem Brief alle Thüringer Bundestagsabgeordneten und die Thüringer Landesregierung dazu auf, sich bei der Bundesregierung für den **Erhalt der Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen** einzusetzen.

Mehr lesen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

[www.pds-fraktion-thueringen.de](http://www.pds-fraktion-thueringen.de)

## 3 KLUGE WORTE

**„Viele Menschen sind nur deshalb einsam, weil sie Dämme bauen, statt Brücken.“**

(Maurice Chevallier, französischer Chansonnier und Filmschauspieler)



(Fortsetzung von Seite 1)

Geduldeten ausschließt.", so Sabine Berninger, Sprecherin für Migrationspolitik der Fraktion der Linkspartei im Thüringer Landtag.

Bis zum 16. Mai 2007 können Flüchtlinge bei den Ausländerbehörden Anträge auf ein Bleiberecht stellen. Viele Detailfragen zu Einzelfällen und besonderen Lebensumständen (z.B. von Flüchtlingen, die sich in einem Ausbildungsverhältnis oder im Studium befinden, oder ob Flüchtlinge als Leiharbeiter beschäftigt werden können) sind auch für die zuständigen Behörden noch offen. Sabine Berninger wird solche Detailfragen am 23. März in der Sitzung des Innenausschusses im Thüringer Landtag thematisieren.

Mehr Informationen zum Bleiberecht: [www.pro-asyl.de](http://www.pro-asyl.de) oder beim Thüringer Flüchtlingsrat: [www.fluechtlingsrat-thr.de](http://www.fluechtlingsrat-thr.de), oder bei der Fraktion der Linkspartei.PDS im Thüringer Landtag unter 0361 / 377 2302 oder 2621.

## 4 TERMINE++TERMINE

18.03.2007, 10 Uhr

Gedenkveranstaltung für die **Märzgefallenen**, Arnstadt Hauptfriedhof

Unter dem Titel **PolitTisch:** lädt Sabine Berninger Bürgerinnen und Bürger zu thematischen Info- und Diskussionsveranstaltungen in ihr Wahlkreisbüro ein.

Die nächsten Termine für den **PolitTisch:**

- |        |        |                                    |
|--------|--------|------------------------------------|
| 07.03. | 10 Uhr | Thema <b>Bürgerarbeit</b>          |
| 27.03. | 19 Uhr | Parlamentarischer Ausblick zur     |
| 01.05. | 18 Uhr | <b>Arbeit im Thüringer Landtag</b> |
| 23.04. | 15 Uhr | Thema <b>Ladenschluss</b>          |
| 08.05. | 15 Uhr | Thema <b>Rechtsextremismus</b>     |

29.03.2007 und 04./05.05.2007  
(jeweils ab 9 Uhr)

**Plenarsitzungen im Thüringer Landtag**

### Kontakt im Landtag:

Sabine Berninger  
Fraktion der Linkspartei.PDS Thüringen  
Arnstädter Straße 51; 99096 Erfurt;  
0361 – 3772302; [berninger@linkspartei-pds-thl.de](mailto:berninger@linkspartei-pds-thl.de)

### im Wahlkreisbüro:

Mitarbeiter: Thomas Schneider  
Zimmerstraße 6; 99310 Arnstadt;  
03628 – 660624; [wkb-berninger@t-online.de](mailto:wkb-berninger@t-online.de)  
[www.sabineberninger.de](http://www.sabineberninger.de)